

Pinzberg genehmigt den Solarpark

BESCHLUSS In Dobenreuth soll die Sonne eingefangen werden. Starke Bedenken hatte das Amt für Landwirtschaft, dass die Entwicklungsmöglichkeiten für die bäuerlichen Betriebe gefährdet sieht. Mit 10:1-Stimmen gab es grünes Licht.

VON UNSEREM MITARBEITER FRANZ GALSTER

Pinzberg - Zu einem Marathon entwickelte sich die jüngste Gemeinderatssitzung. Zentrales Thema war der Solarpark Dobenreuth. Es lagen die Pläne aus und jetzt galt es, die Bauleitplanung zu verabschieden. Mit dabei war auch Kai Kutzner von der Planungsgruppe Strunz, Bamberg.

Zunächst ging es um die Stellungnahmen von Behörden und Privatpersonen. Das Luftamt Nordbayern und der Luftsportclub Forchheim sehen ihre Sicherheitsinteressen mit dem nun eingearbeiteten Notlandeplatz im Wesentlichen bestätigt. Bleibt nur die Sorge, die Panels könnten durch mögliche Reflexionen die Orientierung der Flugpiloten beeinträchtigen.

In ähnlicher Form äußerte sich die Gemeinde Kunreuth, die kein Problem mit dem Projekt hat, sofern die genannten Reflexionen nicht ihr benachbartes Gemeindegebiet negativ beeinflussen. Kutzner betonte an mehreren Stellen, dass die Mehrschichtbearbeitung der

Oberfläche das Risiko stark minimiere, freilich nicht ganz ausschließen könne.

Das Amt für ländliche Entwicklung hat keine Einwände, verweist aber auf die verstärkte Oberflächenwasserproblematik und möchte entsprechende Rückhalteeinrichtungen vorgesehen wissen. Kuntz meinte, die geplanten Wiesenflächen unter den Modulen ergäben eine stärkere Wasserrückhaltewirkung als das bisherige Ackerland.

„Der Auenwald darf nicht entfernt werden.“

ANDREA BLANK, GEMEINDERÄTIN

Während man auf der Nordseite im Bereich Notlandeplatz Panels weggenommen hat, wuchs das Feld im Süden Richtung Ortschaft um eine zusätzliche Reihe. „Der Auenwald darf nicht entfernt werden“, forderte Gemeinderätin Andrea Blank. Der Wald bedeute Sicht- und Wasserschutz. Marcus Steurer und Michael Schmitt unterstützten diese Ansicht. Kutzner verwies auf die Interessen des

Betreibers. Schließlich solle die Anlage ja profitabel sein, was Michael Schmitt nicht nachvollziehen konnte, war doch in der ersten Bauvoranfrage noch ein Drittel der jetzigen Fläche als Projektgröße genannt worden. Schmitt forderte auch auf der südwestlichen Seite ein leichtes Zurücksetzen, da die Einrichtungen hier sehr nahe an der Straße seien. Das wurde abgelehnt.

Generell konnten sich einige Gemeinderäte wie auch Zuhörer des Eindruckes nicht erwehren, dass sich mit den zwischenzeitlich vorgenommenen Planänderungen die Zahl der Module deutlich erhöht hat, wenn auch auf gleich großem Gebiet.

Ausführlich nahm die Regierung von Oberfranken Stellung, die erst einmal einen Landschaftsplan der Gemeinde Pinzberg forderte. Sie, wie auch andere Behörden, würde gerne auf eine Umzäunung verzichten und fordert einen Durchlass für Klein- und Mittelsäuger. Die Oberfläche solle kaum verändert werden, Beleuchtung, wenn überhaupt, sehr eingeschränkt

da sein. Gefordert wird auch ein Monitoring hinsichtlich der Auswirkungen auf die Umwelt oder auch eine Bankbürgschaft für einen möglichen Rückbau. Diese Konditionen machen offensichtlich keine Probleme.

Sehr viel kritischer ist da schon die Stellungnahme des Amtes für Landwirtschaft, das wertvolle Flächen der Nahrungsproduktion entzogen sieht. Mit sechs landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben und einer Durchschnittsgröße von 36 Hektar spiele die Landwirtschaft in Dobenreuth noch eine maßgebliche Rolle. Dem Anwesen Stirnweiß mit einem fertigen Milchviehstall seien damit die Erweiterungsmöglichkeiten genommen. Außerdem wurde in dem Schreiben die Rendite des Projektes angezweifelt. Dem konnten sich die Gemeindevertreter mit einer Ausnahme nicht anschließen.

Die Vorteile für Umwelt und Natur seien hier höher zu bewerten als die Landwirtschaft. Das wirtschaftliche Risiko liege beim Investor. Von Anfang an warb der Investor mit einer

niedrigen Höhe von etwa 2,50 Meter Höhe, die im Gelände kaum auffalle. Da diese Höhe nicht in den Plänen stand, wurde dies nochmals diskutiert, um eine maximale feste Größe auch fest zu schreiben. Der Planer gab zu bedenken, dass sich Technik und Maße ständig änderten und schlug eine vorsorgliche Höhe von maximal 3,50 Meter vor, was der Gemeinderat auch genehmigte.

Die vorliegende Planung mit den Panels wird in besagter südlicher Richtung nochmals leicht modifiziert und ist mit 10:1 Stimmen abgesegnet worden. Der Flächennutzungsplan wurde angenommen. Die zweite Auslegung ist ab Mitte September zu erwarten.

Das Planungsbüro Höhnen & Partner wurde mit der Ausfertigung eines Flächennutzungsplans der Gesamtgemeinde mit integriertem Landschaftsplan beauftragt. Dieser Schritt war auf Vorgabe des Landratsamtes Forchheim zwingend erforderlich, um die weitere Bebauung im Gemeindegebiet zu ermöglichen.